

Beschluß, die ökonomischen Beziehungen zu Kairo abzubrechen. Die Antwort der ägyptischen Patrioten war eindeutig. „Akbar el Yom“ gab der hiesigen Meinung wie folgt Ausdruck: „Durch seine Haltung gegen die arabischen Staaten ... hat Westdeutschland seinen Charakter als Kolonialstaat erläutert, der nicht weniger kolonialistisch ist, als der seiner Verbündeten in der NATO. Es ist offensichtlich, daß die Drier-Achse: Westdeutschland - USA - Israel durch ihre Handlungen beabsichtigt, im Nahen Osten ein Spannungsfeld zu schaffen und den Frieden zu bedrohen.“

Am Abend des 27. Februar erfolgte die feierliche Eröffnung des am Nil-Ufer in El Giza herrlich gelegenen „Houses der Freundschaft“, der Deutsch-Arabischen Gesellschaft der DDR. Natürlich war ich, in meiner Eigenschaft als Präsidiumsmitglied der DAG, zusammen mit Dr. Manfred Vogt, kommissarischer Leiter der Abteilung Ökonomie des Orientalischen Instituts unserer Universität, der zu einem zweimonatigen Studienaufenthalt in der VAR weilte, dabei. Die Festansprachen hielten Prof. Dr. Hartke, Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften und Vizepräsident der DAG, sowie der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Arabisch-Deutschen Gesellschaft der VAR, Dr. Nour Eddine Tarraf. Bereits in wenigen Tagen läuft in dem Haus, das unter anderem mit einer vorzüglichen Bibliothek ausgestattet ist, der erste Deutsch-Sprachkurs für etwa 30 Ägypter an. Lektor ist Dr. Helbig von der Sprachabteilung unserer Universität.

Während der Cocktail-Party hatte ich Gelegenheit zu einem ausführlichen und sehr interessanten Gespräch mit Prof. Hussein, Unterstaatssekretär im Kulturministerium, über die Vertiefung der wissenschaftlichen Kontakte zwischen den Asien- und Afrika-Wissenschaftlern der DDR und der VAR.

Am Sonntag, dem 28. Februar, besuchte Walter Ulbricht das Ägyptische Museum, das unter allen Museen der Welt die reichhaltigste Sammlung pharaonischer Kunstschätze enthält. Unmittelbar anschließend wurden die offiziellen Verhandlungen fortgesetzt. Besonders die Einladung an den ägyptischen Staatspräsidenten zum Besuch der DDR fand in der Abendpresse der Hauptstadt starke Beachtung. Am gleichen Tage kamen die Experten beider Staaten zur zweiten gemeinsamen Sitzung über das Kulturabkommen zusammen. Durch die ausgezeichnete Vorbereitung beider Seiten wurde schnell Übereinkunft erzielt, und schon am nächsten Tage erfolgte die Unterzeichnung.

Mit großer Freude kann ich hier mitteilen, daß in dem Abkommen die Vertiefung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Orientalischen Institut und dem Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft der Karl-Marx-Universität und den Parallel-Instituten der VAR festgelegt wurde. Auch ein Besuch des Dr. Vogt und ich am gleichen Tage beim Rektor der Ain-Shams-Universität absolvierten, brachte die große Aufgeschlossenheit für eine enge Kooperation der wissenschaftlichen Arbeit zum Ausdruck.

Der 1. März brachte mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung und der Abkommen über ökonomische, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit einen neuen Höhepunkt des Staatsbesuches am Nil. Diese Dokumente sind ebenso wie die Aussprachen beider Staatsoberhäupter auf dem festlichen Bankett, das Walter Ulbricht zu Ehren Prääsident Nassers am Abend im Abdin-Palast gab, ein echter Ausdruck der freundschaftlichen Verbundenheit beider Staaten und Völker.

Ein ereignisreicher Tag, dieser 2. März für mich auch deshalb, weil ich in Begleitung Prof. Hartkes die Bekanntheit des Rektors der Universität Kairo (40 000 Studenten) machen und unter Führung des bekannten Ägyptologen Prof. Abu Bakr die Besichtigung der noch nicht der Öffentlichkeit freigegebenen rund 600 Jahre alten und 30 Meter hohen Khafnapiramide am Fuße der Cheopspyramide miterleben durfte.

Am 2. März müssen wir uns nach der von Dr. Bols im Park des Kubbeh-Palastes gehaltenen Pressekonferenz begeben, um rechtzeitig zur Verabschiedung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR am Ramess-Bahnhof zu sein. Wie der Empfang, so ist auch die Verabschiedung zwischen beiden Staatsoberhäuptern, ihren Gastinnen und der Begleitung von überwältigender Herzlichkeit. Und während sich der Zug nach der Heidenstadt Port Said in Bewegung setzt, und sich die „Völkerfreundschaft“ zur Aufnahme der letzten Gäste rüstet, bleiben wir, voller unvergesslicher Eindrücke zurück. „Al Gomhuria“ machte sich zum Sprecher aller Ägypter, indem sie schrieb: „Der Besuch Walter Ulbrichts geht heute zu Ende. Es war ein Freundschaftsbesuch. Walter Ulbricht kam in unser Land als ein Freund, der sie befreundetes Volk vertritt. Er kehrt heute nach Hause zurück, aber die Freundschaft unseres Volkes zum deutschen Volk wird ihn begleiten.“ Die Verhandlungen zwischen Walter Ulbricht und Nasser waren nicht nur ein Gestirn für die beiden Länder, sondern sie trugen zum gegenseitigen Verstehen und zur Annäherung der Völker im internationalen Markt bei.“

Wie viele Grüße aus der Hauptstadt der VAR
Ihr Lothar Rathmann

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland hat weitreichende Konsequenzen für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Selbstverständlich ist auch die Erziehung und Bildung der jungen Generation dem Diktat der Monopolisten ausgeliefert. Schule und Erziehung sind wesentliche Gebiete, auf denen die reaktionäre volksfeindliche Ideologie des Imperialismus sich voll entfalten und die jungen, heranwachsenden Menschen geistig ausrichten und vergiften kann. Das trifft auch auf das gesamte Schul- und Erziehungswesen Westdeutschlands zu. Aber wesentlich schärfer noch und akzentrierter tritt uns die Ideologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf dem Gebiet der Bildungspolitik entgegen, das - sehr zu Unrecht - in der Vergangenheit nicht genügend im Blickfeld unseres Interesses lag; die Auslandsschulpolitik des westdeutschen Staates.

Was haben wir darunter zu verstehen?

Der westdeutsche Imperialismus widmet nicht allein der ökonomischen und politischen Durchdringung anderer Länder seine Aufmerksamkeit. Wichtige Hilfsdienste leisten dabei die verschiedensten kulturellen und schulischen Einrichtungen, Westdeutsche Schulen in fremden Ländern, Studium ausländischer Studenten an westdeutschen Universitäten und Hochschulen, westdeutsche Sprachinstitute in wichtigen Städten des Auslandes, alles das sind bekannte Einrichtungen. Sie haben eine zum Teil sehr lange Tradition, und sie sind auch keineswegs mit der Existenz des Imperialismus untrennbar verbunden. Sie sind nicht „von Haus aus“ Stützpunkte neokolonialistischer Politik. Aber unter der Herrschaft des deutschen Imperialismus werden sie dazu herabgewürdigt. Sie nehmen im System der westdeutschen Außenpolitik einen ganz bestimmten wesentlichen Platz ein. Die politischen, ökonomischen und sozialen Funktionen dieser und anderer Einrichtungen, ihren Platz im System der Politik des westdeutschen Imperialismus näher zu bestimmen, soll Anliegen unseres Artikels sein.

Deutlich werden heute zwei wesentliche Tendenzen der westdeutschen Auslandsschulpolitik:

Erstens: Die Bestrebungen der Integration Westeuropas unter der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus werden begleitet von der Ausarbeitung einer Theorie der sogenannten „europäischen Erziehung“, die die Widerspiegelung der reaktionären Europaideologie des Imperialismus ist.

Zweitens: Die Versuche der neokolonialistischen Beherrschung verschiedener Entwicklungsländer durch den westdeutschen Imperialismus werden ergänzt bzw. gehen Hand in Hand mit Versuchen, Einfluß auf die Entwicklung des Volkswirtschaftswesens der Länder zu gewinnen.

Diese zwei wesentlichen Tendenzen haben ihren ideologischen Nährboden im Antikommunismus als der Staatsdoktrin des westdeutschen Imperialismus.

Probleme der „Europaerziehung“

Es ist bekannt, daß der Imperialismus in den letzten Jahrzehnten nicht ohne Erfolg bemüht war, die objektiven Tendenzen der Internationalisierung der Produktion zu nutzen, und daß dabei besonders der westdeutsche Imperialismus versuchte, eine Vormachtstellung zu erlangen. Die EWG und andere Organisationen des internationalen Kapitals sind das Ergebnis dieser Bemühungen. Die Europaidee kann als eine wesentliche ideelle Grundlage der Integrationsbestrebungen betrachtet werden. In der Pädagogik besonders Westeuropas entstand eine ganze Richtung der vergleichenden Pädagogik, die sich das Ziel setzte, eine Integration auf erziehungswissenschaftlichem Gebiet zu erreichen. Es entstanden Schulen der EWG in Westdeutschland, Luxemburg, Frankreich und anderen EWG-Staaten, in denen junge Menschen der verschiedenen Länder im Geiste der „christlich-abendländischen europäischen Kultur“ erzogen werden sollen.

Bei den verschiedenen Gremien der EWG bestehen Schul- und Bildungsausschüsse, die die Aufgabe haben, die Schulpolitik der Länder zu koordinieren, die Herausgabe der Schulbücher zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß in allen Schulen der EWG-Staaten die ideologischen Grundlagen der imperialistischen Integration Westeuropas gelehrt werden. Das hat sehr praktische - im Sinne der Ökonomie praktische - Bedeutung. So stellen sich verschiedene westeuropäische vergleichende Pädagogen die Aufgabe, eine Theorie des „europäischen Bewußtseins“ zu entwickeln. Des weiteren wird die Aufgabe gestellt, eine „euro-

Die Auslandsschulpolitik des Bonner Staates - Ausdruck der Interessen des Monopolkapitals

Stützpunkte für Bonn: EWG-Schulen zur Integration, „Bildungshilfe“ für junge Nationalstaaten

Von Dr. Joachim Gebler, Institut für Pädagogik

Die „Gastarbeiter“-Politik aufzubauen, um auf deren Grundlage zu einer „Harmonisierung der Berufsausbildung“ in den EWG-Ländern zu kommen. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Berufsausbildung so organisiert werden soll, daß bestimmte Länder nur noch für bestimmte Berufssparten ausbilden. Das Ergebnis wäre eine Aufspaltung der Facharbeiterstämme in den verschiedenen Konzernunternehmen, eine „Internationalisierung“ der Belegschaften der Großbetriebe.

Der schrankenlosen Ausbeutung der „Gastarbeiter“ - die bekanntlich schon heute in Westdeutschland an die finsternen Zeiten der faschistischen Zwangsarbeitergesetze erinnern - wären dann kaum noch Grenzen gesetzt, während alle nationalen Gewerkschaftsvorbände bei ihrer augenblicklichen Arbeitsweise zum Scheitern verurteilt wären. Die Entmachtung der Arbeiterklasse, die Möglichkeiten, hohe und höchste Profite herauszuschlagen, das sind die letzten Ursachen der „Europaerziehung“ imperialistischer Prägung. Einzig das Profitstreben der großen Monopole ist die Richtlinie der staatlichen schulpolitischen Maßnahmen wie der theoretischen pädagogischen Arbeit, die die Integration des Schulwesens in EWG-Bereich zum Ziele hat.

Die ideologische Grundhaltung der westdeutschen bürgerlichen vergleichenden Pädagogik ist dem Antikommunismus eng verbunden. So polemisiert der Nestor der imperialistischen Pädagogik in Westdeutschland, Friedrich Schneider, gegen die „Entchristlichung“ der Pädagogik, gegen die Zusammenarbeit mit den Pädagogen der sozialistischen Länder, wie sie sich z. B. teilweise in der UNESCO vollzieht, „metaphysischen Gehalts“ entleeren und gegen eine „christliche Neugestaltung Europas“ aufzutreten. Unter dem Deckmantel des Christentums wird hier ein Antikommunismus gepredigt, der sattsam bekannt ist.

In der Tat, die Pädagogen der sozialistischen Länder - und nicht nur sie - treten gegen Mystifizierung des Erziehungs- und Bildungsprozesses auf, noch mehr, sie enttölen die Klassenbedingtheit der Erziehung und weisen der Pädagogik den Platz zu, der ihr zukommt. Die Erziehung und Bildung vollzieht sich nicht im luftleeren Raum, ist kein autonomes Gebilde, wie die bürgerliche Pädagogik uns glauben machen will. Die Versuche Schneiders und anderer bürgerlicher vergleichender Pädagogen, die „christliche Erneuerung Europas“ mit einer unschlichen und üblen Polemik gegen die Erfolge der sozialistischen Pädagogik zu verknüpfen, zeigen eindeutig die Stoffrichtung: Die Erfolge der Länder des Sozialismus auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens sollen verunglimpft und als nicht-existent hingestellt werden.

Eine zweite Seite der westdeutschen Auslandsschulpolitik wird durch das Bemühen charakterisiert, in einer Reihe Entwicklungsländern ökonomischen und politischen Einfluß zu gewinnen und dazu Einrichtungen des Bildungswesens zu mißbrauchen. Es gibt verschiedene solcher Einrichtungen - die wichtigsten seien genannt: Auslandsschulen, Studium von Ausländern in Westdeutschland, Einrichtung von deutschen Sprachlehrern, Einsatz sogenannter Entwicklungshelfer, die - nach dem Beispiel des amerikanischen „Friedenskorps“ - in Entwicklungsländern bei der Entwicklung der ländlichen Gebiete „helfen“ sollen.

Diese Formen werden gegenwärtig ergänzt durch die Einrichtung von Ausbildungsmöglichkeiten von Facharbeitern, Meistern, Ingenieuren usw. in den Ländern selbst. Charakteristisch ist die enge Verquickung dieser Ausbildungseinrichtungen mit Betrieben und anderen Objekten, die im Rahmen der westdeutschen „Wirtschaftshilfe“ errichtet werden. Worin besteht nun das Neue in der Entwicklung der neokolonialistischen Auslandsschulpolitik?

Schon früher gab es einen großen Teil der genannten Einrichtungen in verschiedenen Ländern. So gibt es z. B. schon rund 80 Jahre Auslandsschulen in den verschiedenen Ländern. Ursprünglich dienten sie der

Die Politik des Neokolonialismus

Beschulung von deutschen Auswandererkindern, vor allem in Lateinamerika und Südosteuropa. Die Nazis hatten diese Schulen zu Stützpunkten ihrer Fünften Kolonne ausgebaut, und nach 1945 übernahmen sehr bald die westdeutschen Imperialisten die Schulen wieder in ihre Regie, nachdem sie in den Kriegsjahren und kurz danach die Kontrolle verloren hatten. Nach offiziellen westdeutschen Quellen gab es 1960 123 Auslandsschulen mit insgesamt 48 000 Schülern. Diese Schulen werden durch das Bonner Auswärtige Amt finanziert und erhalten einen großen Teil ihrer Lehrer sowie der Lehrmaterialien durch das Auswärtige Amt. Besucht werden sie hauptsächlich durch Kinder einflußreicher Kreise des Gastlandes. Da diese Schulen durchweg Privatanstalten sind, können sie durch hohe Schulgelder eine soziale Auslese treffen und tun das auch. Die Orientierung dieser Schulen geht eindeutig auf die politischen und wirtschaftlichen Führungskreise des Gastlandes.

In einem Memorandum des Bonner Auswärtigen Amtes an den Bun-

destag heißt es u. a.: „Bedeutende Persönlichkeiten der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die aus den deutschen Auslandsschulen hervorgegangen sind, fühlen sich für ihr Leben mit Deutschland verbunden.“ Es ist wohl überflüssig zu betonen, daß mit Deutschland das imperialistische Westdeutschland gemeint ist.

Wie aber wirkt sich das in den einzelnen Ländern aus? Auch dafür nur ein Beispiel: Als im Jahre 1960 der Bundestag nach neuen Quellen für die Aufrüstungsfinanzierung suchte, wollte er die Gelder für Auslandsschulen streichen. Erregte Proteste sowohl vom Auswärtigen Amt als auch aus dem Ausland hoben ein wenig den Schleier, mit dem die westdeutschen Imperialisten im allgemeinen diese Schulen umgeben.

So schrieb der Vorstand des Deutsch-Chilenischen Lehrervereins an den Bundestag: „Ein entscheidender Grund liegt seit jeher in der bezuften Ausbildung von chilenischen Staatsbürgern... Welche Art von Staatsbürgern gemeint ist, wird deutlich, wenn man liest: „Die enge Verflechtung mit dem chilenischen Leben drückt sich beispielsweise darin aus, daß im Jahre 1960 drei amtierende Staatsminister, sechs Abgeordnete, zwei Botschafter, ... fünf Regierungspräsidenten, der Generalstabchef des chilenischen Heeres, verschiedene Dekane und viele Universitätsprofessoren zu unseren ehemaligen Schülern zählen.“

Die westdeutschen Auslandsschulen haben einmal die Aufgabe, die Theorien und die Ideologie des westdeutschen Imperialismus in verschiedenen Ländern zu verbreiten und die Jugend - besser: einen Teil der Jugend; und zwar den Teil, aus dem sich voraussichtlich die spätere politische, ökonomische und wissenschaftliche Führungsschicht des Landes rekrutiert - im Sinne des Imperialismus zu beeinflussen. Zum anderen sollen die Schulen mithelfen, ein antikommunistisches Bollwerk zu errichten. Damit sind sie eindeutig gegen die nationale Befreiungsbewegung in den Entwicklungsländern gerichtet. Sie sind Stützpunkte der neokolonialistischen Politik des westdeutschen Imperialismus.

Gegenwärtig entwickelt sich aber in Westdeutschland eine gewisse Neuorientierung, eine Zusammenfassung aller vorhandenen Kräfte auf bestimmte Ziele. Die Zusammenfassung aller Formen der „Entwicklungshilfe“ und ihr konzentrierter Einsatz hat eine primär politische Aufgabe: die jungen Nationalstaaten auf einen kapitalistischen Weg zu drängen und den ökonomischen Druck der imperialistischen Staaten durch eine entsprechende ideologische Beeinflussung im gewissen Sinne „unsichtbar“ zu machen. Bereits in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963 sagte Kanzler Erhard sinngemäß, daß die wirtschaftliche „Entwicklungshilfe“ künftig wesentlich stärker mit „Bildungshilfe“ gekoppelt werden müsse, um in den Entwicklungsländern zur Bildung eines „staatstragenden Mittelstandes“ beitragen zu können. Aus vielen ähnlichen Äußerungen und offiziellen Erklärungen westdeutscher führender Kreise kann man etwa folgende Linie erkennen:

1. Kapital- und Warenexport, technische Hilfe und Bildungshilfe (Auslandsschulen, Ausbildung von Praktikanten aus Entwicklungsländern, Ausländerstudium, Einsatz von Entwicklungshelfern usw.) werden als ein Komplex behandelt und entsprechend eingesetzt. Der Akzent liegt dabei immer stärker auf der Entwicklung nationaler Kader durch westdeutsche Ausbildungseinrichtungen im In- wie im Ausland.
2. Zu beobachten ist eine immer stärkere Konzentration aller staatlichen und privaten Hilfsorganisationen (Duisbergstiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Goetheinstitute, Entwicklungsdienst usw.) auf bestimmte Komplexe, sowohl auf bestimmte Länder als auch Industriezweige, Gebiete u. a. Interessant ist dabei, daß sich mehr und mehr etwa folgende Arbeitsteilung herausbildet: Die westdeutschen Monopole exportieren ihr Kapital, während der Bonner Staat für die Ausbildung entsprechender Fachkräfte sorgt.
3. Versucht wird, eine enge Koordination mit den Neokolonialisten anderer imperialistischer Staaten zu erreichen. Das geschieht z. B. in den entsprechenden Organen der EWG, die bekanntlich in den „assoziierten“ Ländern, besonders in Afrika, auch „Bildungshilfe“ leisten. Die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten läßt das natürlich zu einer sehr relativen Angelegenheit werden.
4. Es wird versucht, die westdeutsche öffentliche Meinung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen entsprechend zu beeinflussen. Die „Bildungspolitischen Leitlinien“ der SPD betonen ausdrücklich, daß es notwendig sei, daß die „Massenmedien den Aufgaben der Bildungshilfe erhöhte Aufmerksamkeit...“ schenken.

Dieser Versuch einer knappen Zusammenfassung zeigt deutlich die Tendenzen der westdeutschen „Bildungshilfe“.

Es wird deutlich, daß die westdeutsche Auslandsschulpolitik ein Teil der Politik des Neokolonialismus des deutschen Imperialismus und seines Staates ist.